

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
meine Damen und Herren,

es ist noch keine 10 Monate her, da haben wir den Haushalt 2010 beschlossen. Die Beratungszeit und Auseinandersetzung mit der Vorlage für den Haushalt 2011 haben wir als sehr kurz empfunden. Wir bitten für das nächste Jahr um eine etwas längere Beratungszeit.

Wie im letzten Jahr stehen wir einer gesamtpolitisch schwierigen Situation gegenüber. Die Finanzmarktkrise schwelt weiter, aber mehr im Hintergrund. Die Wirtschaft erholt sich. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Die Verschuldung hat einen Rekordstand erreicht und die Situation der Kommunen verschärft sich weiter durch Rahmenbedingungen, auf die wir keinen Einfluss haben.

Was können wir tun? Zusätzliche Einnahmequellen erschließen, vorhandene Einnahmequellen steigern, effizienter arbeiten und Kosten einsparen. Der Main-Taunus-Kreis und seine Kommunen stehen noch nicht ganz so schlecht da. So kann der Kreis sein Defizit von über 30 Mio im kommenden Jahr noch aus Rücklagen ausgleichen. Kriftel war bereits im vergangenen Jahr defizitär und bleibt es auch weiterhin. Die prognostizierte Entwicklung bis 2014 lässt wenig Hoffnung auf Besserung zu. Bis 2014 wird das Defizit sich auf über 13 Mio ansammeln. Unser Schuldenstand Ende 2011 wird auf 22,5 Mio angewachsen sein. Das entspricht etwa 2.045 Euro pro Einwohner. Zum Vergleich: 2008 waren es noch 1.489 Euro. Das entspricht einer Steigerung von rund 37 Prozent. Die Steuereinnahmen hingegen sind in diesem Zeitraum auf den Einwohner bezogen zurückgegangen. 2008 waren es 1.291 Euro und 2011 sind es nur noch 1.045 Euro pro Einwohner, was einen Rückgang von etwa 20 Prozent entspricht.

In die Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen hat Kriftel schon erheblich investiert. Die neue Gewerbestraße soll weitere Gewerbeansiedlungen möglich machen und damit hoffentlich das Steueraufkommen erhöhen. Hoffentlich erfüllen sich diese Erwartungen, so dass die zusätzliche Flächenversiegelung und die investierten Millionen sich in dieser Hinsicht auszahlen werden.

Neue Wohngebiete wurden erschlossen, um den Anteil der Erwerbsfähigen zu erhöhen und damit Einnahmen aus der Einkommenssteuer zu stabilisieren und dem demografischen Wandel entgegen zu wirken. Dies scheint gelungen, was die kürzlich vorgestellte Statistik zeigt. Die finanziellen Folgewirkungen in Bezug auf die Infrastruktur wurden allerdings unterschätzt. Etwa 5 Mio wird uns der Neubau der Kindertagesstätte Linsenbergrain kosten, die mit ganz erheblicher Kapazitätserweiterung einen Teil des zusätzlichen Bedarfes abdecken wird. Weitere Investitionen werden in Zukunft nötig, die nicht nur dem Zuzug geschuldet sind, sondern auch dem Ausbau der Kleinkindbetreuung und der Sanierung vorhandener Einrichtungen.

Wir GRÜNE fragen uns allerdings ganz ernsthaft: Wohin will Kriftel im Dreieck zwischen Autobahn und Landesstraßen noch hinwachsen? Die Lärmbelastungen durch Verkehrsaufkommen und Flugverkehr steigt spürbar. Wurde der Anspruch „Obstbaugemeinde“ zu sein etwa insgeheim schon aufgegeben? Immer mehr wertvolle Ackerflächen werden für

Infrastrukturprojekte verbraucht. Wie soll das Kriftel 2020 aussehen? Wir sind jedenfalls sehr dafür, nicht nur auf Quantität zu achten, sondern auch die Qualität im Auge zu behalten. Deshalb können wir uns der Erfolgsbilanz der Mehrheitsfraktion und des Bürgermeisters nicht ganz anschließen. Wir wünschen uns, dass wir gemeinsam mit unseren Nachbarkommunen eine zukunftsfähige Region entwickeln:

- Menschen zufrieden stellen,
- Belastungen gering halten,
- Stoffkreisläufe schonen,
- Arbeitsplätze schaffen bzw. erhalten,
- Naherholungsgebiete erhalten und aufwerten und
- unseren Ortsmittelpunkt attraktiv gestalten.

Das wären aus unserer Sicht Punkte, um die wir uns intensiv kümmern sollten. Hierfür brauchen wir tragfähige Konzepte, die transparent mit Bürgerbeteiligung entwickelt und dann konsequent umgesetzt werden sollten.

Leider lässt unsere derzeitige Politik wenig in diese Richtung erkennen. Neubaugebiete drängen in unsere Naherholungsflächen und mit der Infrastruktur kommen wir nicht nach -> siehe Kindergärten und Pflegeeinrichtung. Großflächiger Einzelhandel in Randlagen bedroht das Angebot in der Ortsmitte und verursacht Streit mit unseren Nachbarn. Fortschrittliche Energiekonzepte in den Neubaugebieten sind nicht erkennbar. In der Ziegelei hätte sich vielleicht ein Blockheizkraftwerk gelohnt, wie es in unserer Nachbargemeinde Hattersheim gemacht wurde. Begrünte Dächer oder Photovoltaikanlagen sind weitere Möglichkeiten, der Natur für den Flächenverbrauch einen kleinen Teil zurückzugeben. Leider gehen die von der Landesregierung jüngst beschlossenen Änderung in der Bauordnung aus unserer Sicht in die falsche Richtung und erschweren es den Kommunen entsprechende Vorgaben zu machen.

Konzepte zur Verbesserung unserer CO<sub>2</sub>-Bilanz fehlen bis heute. Um die globalen Klimaziele zu erreichen, muss der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 20 Prozent und bis 2050 um 50 Prozent gesenkt werden. Wir wissen nicht, welcher CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Kriftel schätzungsweise jährlich verursacht wird, geschweige denn, dass wir eine Vorstellung davon entwickelt haben, wie wir ihn in den nächsten 9 Jahren um 20 Prozent senken wollen. Dieser Aufgabe muss Kriftel sich stellen, auch jede Bürgerin und jeder Bürger muss sich dieser Aufgabe stellen. Es reicht nicht, dass die Gemeinde Mitglied im Verein Solar Lokal ist. Wir müssen tätig werden und zwar nicht erst 2019. Viele Kommunen haben sich schon auf den Weg gemacht. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an unseren Antrag vom letzten Jahr, sich diesen Fragen interfraktionell zu widmen. Bis heute hat sich leider nichts getan. Niemand ist zu klein oder von zu geringer Bedeutung als dass er nicht seinen Teil beitragen kann.

Punktuell wurde auch in Sachen Klimaschutz etwas getan: das Josef-Wittwer-Haus und die Schwarzbachhallen wurden energetisch saniert. Die Gemeindebücherei hat eine Photovoltaikanlage erhalten. Allerdings wollten wir ursprünglich eine Bürgersolaranlage haben, wo sich Bürgerinnen und Bürger beteiligen können. Beim Neubau Linsenbergr ist das Energiekonzept nur zu 15 Prozent bei der Entscheidung maßgeblich gewesen. Es wurde kein Passivhausstandard gefordert, der für Kindertagesstätten in Verbindung mit Fußbodenheizung von Fachleuten als hervorragend geeignet erklärt wird. Nicht so in Kriftel.

Wir investieren heute für die Zukunft und müssen nach unserer Meinung in diesem Punkt höchste Standards einfordern. Investitionsentscheidungen müssen endlich dem Primat des Klimaschutzes folgen. Dass im Haushaltsplan keine Aufstellung über den Energieverbrauch unserer Liegenschaften beigefügt war, haben wir bereits bemängelt.

Die Beurteilung des vorlegten Haushaltsplanes war sehr schwierig, da die Vergleichszahlen der Vorjahre lediglich Planansätze darstellen. Bei unseren Vorschlägen für Einsparungen haben wir uns davon leiten lassen, dass keine freiwilligen Leistungen gestrichen werden, die unser Gemeinwesen stärken und lebendig erhalten. Leider wurden unsere Sparvorschläge ziemlich zusammengestrichen.

Der Ausbau der Kinderbetreuung in Kriftel wurde von uns schon lange angemahnt und ist dringend notwendig, auch wenn hier unter Berücksichtigung aller Posten ca. 25 % der Haushaltsmittel aufgewendet werden. Die Belastung der Gemeinde in diesem Bereich steigt, weil das Land mit der neuen Mindestverordnung für Kindertagesstätten Vorgaben gemacht hat, die sie nicht vollständig finanziert. So kann es nicht gehen. Deshalb sind wir froh, dass sich die Fraktionen mit Ausnahme der LINKEN im Landtag auf einen gemeinsamen Antrag zur Schuldenbremse verständigt haben, in dem ausdrücklich auf den Artikel 137, Absatz 5, der hessischen Verfassung verwiesen wird, der den Gemeinden die finanzielle Ausstattung für ihre Pflichtaufgaben sichern soll. Wir hätten uns daher gefreut, wenn die Gemeinde sich an der Grundrechtsklage, die einige Kommunen im Main-Taunus-Kreis angestrengt haben, beteiligt hätte.

Wenn wir unsere Verschuldung in Grenzen halten wollen, werden wir nicht umhinkommen, die Einnahmen zu erhöhen. Wir haben deshalb vorgeschlagen, den Hebesatz der Grundsteuer B von 300 auf 330 Punkte anzuheben. Die Bürgerinnen und Bürger kommen in Kriftel in den Genuss einer hervorragenden Infrastruktur, die ihnen eine ausreichende Versorgung mit Kindertagesstätten, Schulkinderbetreuung, öffentlichen Gebäuden, Sportstätten und kulturellen Angeboten bietet. Das macht nicht nur das Leben angenehm, es sichert auch den Wert des Grundeigentums. Deshalb hielten wir es für zumutbar, einen kleinen Solidarbeitrag abzuverlangen. Ein Solidarbeitrag der bei einzelnen vielleicht eine zusätzliche Belastung von ca. 70 EURO im Jahr bedeutet. Dies wurde von den anderen Fraktionen als nicht zumutbar und wenig kreativ bewertet. Ich vermute stark, dass hier schon der Kommunalwahlkampf grüßen lässt. Wir haben eine solche Reaktion befürchtet. Dennoch glauben wir, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern nichts vormachen dürfen. Die Spielräume werden immer enger und es werden zukünftig zusätzliche Belastungen in Form von Steuern und Abgaben auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen. Wir stehen deshalb zu unserem Antrag der Grundsteuererhöhung als eine Möglichkeit zusätzliche Einnahmen zu generieren und bedauern sehr, dass er abgelehnt wurde. Mit einem Hebesatz von 330 hätten wir noch nicht zur Spitze im Main-Taunus-Kreis gehört. Vier Kommunen erheben bereits einen Satz von 330 Punkten (EPP) bzw. 350 Punkten (BSO, LIE, HAT).

Besonders kreativ fanden wir den Sparvorschlag der Haushaltskonsolidierungsgruppe auch nicht. Wir frieren die Hauptausgabenposition im Haushalt 2011 auf den Stand des Haushalts 2010 ein, in dem wir einen Sperrvermerk in dieser Höhe anbringen, und verlassen uns auf die

Kreativität der Verwaltung, den Kostenrahmen einzuhalten. Wenn das für möglich gehalten wird, dann frage ich mich: Warum hat man den Haushalt nicht gleich unter dieser Prämisse aufgestellt? Wir haben diesem Antrag selbstverständlich zugestimmt.

Zum letzten Haushalt 2010 hatten wir den Antrag gestellt, dass die Gemeinde Kriftel im Beschaffungswesen ihre Verbrauchermacht nutzt, um nachhaltig produzierte Produkte mit entsprechender Zertifizierung, wie z. B. Label Energieeffizienzklassen (Elektrogeräte), Schadstoffreduzierung (PKW) oder Ressourcenschonung (FSC bei Baumaterialien aus Holz) zu fördern. Die SPD hat in diesem Jahr einen Antrag gestellt, künftig Fair Trade Produkte zu verwenden. Diesem Antrag konnten wir so nicht zustimmen, weil damit eine formale Aktion verbunden war, die personellen Verwaltungsaufwand erfordert hätte. Wir finden die Forderung richtig und fänden es schön, wenn sich die Gemeinde dieser Anforderung in freiwilliger Selbstverpflichtung stellt und als Vorbild für nachhaltigen bewussten Konsum aktiv damit wirbt.

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die umfangreichen Unterlagen. Es ist und bleibt dennoch für uns ehrenamtliche Kommunalpolitiker eine Herausforderung, ein solch umfangreiches Werk verstehen zu können. Die Zeit für Rückfragen und zusätzliche Erklärungen war in diesem Jahr zu knapp.

Wir haben uns im Rahmen unserer zeitlichen Möglichkeiten damit auseinander gesetzt und unsere Vorschläge dazu gemacht.

Das Haushaltssicherungskonzept haben wir aufmerksam gelesen, aber wenig gefunden, was eine wirkliche Konsolidierung bewirken würde. Unter den derzeit gegebenen Rahmenbedingungen halten wir die Konsolidierung für ein hoffnungsloses Unterfangen. Daher werden wir bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen auch weiterhin nicht an der Arbeitsgruppe zur Haushaltskonsolidierung teilnehmen, was nicht heißt, dass wir nicht an den drei E's mitarbeiten: Einnahmensteigerung, Effizienzsteigerung und Einsparungen.

Die Fraktion der GRÜNEN wird den Haushalt 2011 ablehnen, weil wir darin kein ernsthaftes Bemühen erkennen können, der zunehmenden Verschuldung wirksam zu begegnen. Aus den vorgenannten Gründen werden wir auch dem Haushaltssicherungskonzept nicht zustimmen. Dem Investitionsplan werden wir zustimmen, auch wenn wir nicht alle darin enthaltenen Maßnahmen befürworten.

Dem Haushalt für die Gemeindewerke werden wir zustimmen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!